

Rahmenvereinbarung für integrierte Projekt- und Produktberatung

Vertrags-Nr.: FITKO/2026/0039

zwischen

der FITKO (Föderale IT-Kooperation)

Anstalt öffentlichen Rechts,

Zum Gottschalkhof 3, 60594 Frankfurt,

– im Folgenden Auftraggeberin genannt –

und

[XXX]

– im Folgenden Auftragnehmer genannt –

– jeweils einzeln auch „Partei“ und gemeinsam auch „Parteien“ genannt –

wird der nachfolgende Vertrag geschlossen

[Hinweis: Die gelb markierten und in eckige Klammern gesetzten Inhalte dieses Vertragstextes, werden nach Zuschlag ergänzt und auf das Angebot des erfolgreichen Bieters angepasst. Dies erfolgt ausschließlich aus Gründen der Dokumentation. Diese Rahmenvereinbarung wird durch Zuschlag auf das Angebot des erfolgreichen Bieters wirksam.]

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung sind Leistungen auf dem Gebiet der integrierten Projekt- und Produktberatung gemäß diesem Vertragstext und der Anforderungen in der Leistungsbeschreibung vom 02.06.2026 (Anlage 1 zum Rahmenvertrag).
- (2) Rechtsdienstleistungen im Sinne des Gesetzes über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen (RDG) sind nicht Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung.
- (3) Auf Basis dieses Rahmenvertrages kann die Auftraggeberin die Erbringung von Leistungen durch den Auftragnehmer abrufen. Der Leistungsgegenstand der Einzelabrufe ergibt sich aus dem Inhalt des jeweils maßgeblichen Einzelabrufs. Der Leistungsumfang, die Einzelabrufe und die Termine werden in den abzuschließenden Einzelabrufen spezifisch geregelt.
- (4) In der Leistungsbeschreibung und in diesem Vertrag ist eine Vergütungsobergrenze festgelegt. Diese entspricht dem geschätzten Auftragsvolumen. Es besteht keine Verpflichtung der Auftraggeberin zum Abruf eines bestimmten Umfangs an Leistungen bei dem Auftragnehmer. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Bedarfe, die Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung sind, im Wege von Beschaffungen außerhalb dieser Rahmenvereinbarung zu decken, soweit dies sinnvoll ist.

§ 2 Vertragsgrundlagen

Es gelten als Vertragsbestandteile in folgender Rangfolge:

1. dieser Vertragstext,
2. die Leistungsbeschreibung (Anlage 1 zum Rahmenvertrag),
3. das Preisblatt (Anlage 2 zum Rahmenvertrag),
4. die mit den jeweiligen Einzelabrufen getroffenen Individualvereinbarungen,
5. die weiteren Erklärungen, Aufstellungen und Nachweise des Auftragnehmers im Vergabeverfahren,
6. Hinweise und Handlungsanweisungen zur Verhinderung von Arbeitnehmerüberlassung

7. ggf. Bieterfragen und -Antworten.

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen.

§ 3 Vertragslaufzeit, Ausführungsfristen

- (1) Die Vertragslaufzeit dieser Rahmenvereinbarung beginnt mit Zuschlag auf das Angebot des Auftragnehmers. Die Laufzeit von Einzelabrufen beginnt an dem im jeweiligen Einzelabruf vereinbarten Zeitpunkt.
- (2) Die Vertragslaufzeit dieser Rahmenvereinbarung endet automatisch nach Ablauf von 4 Jahren nach Beginn der Vertragslaufzeit. Die Vertragslaufzeit endet ebenfalls automatisch, wenn die vereinbarte Vergütungsobergrenze (siehe § 10 Abs. 10 dieser Rahmenvereinbarung) erreicht ist. Das Ende der Laufzeit der Einzelabrufe ist in den jeweiligen Einzelabrufen geregelt und kann über die Laufzeit der Rahmenvereinbarung hinausgehen.
- (3) Termine und Zeiträume für die nach dem Einzelabruf geschuldeten Leistungen ergeben sich aus dem Inhalt des jeweils maßgeblichen Einzelabrufs.
- (4) Der Abschluss von Einzelabrufen gem. § 5 dieser Rahmenvereinbarung erfolgt unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Verfügbarkeit der für die jeweiligen Einzelabrufe erforderlichen Haushaltsmittel der Auftraggeberin im jeweiligen Haushaltsjahr. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Abruf bestimmter Leistungen oder eines bestimmten Leistungsumfangs besteht nicht.
- (5) Abrufe aus dieser Rahmenvereinbarung erfolgen nur, soweit die für den jeweiligen Abruf notwendigen haushaltsrechtlichen Mittel im Zeitpunkt des Abrufs bewilligt und verfügbar sind und die Vergütungsobergrenze (siehe § 10 Abs. 10 dieser Rahmenvereinbarung) nicht überschritten wird.
- (6) Auch dann, wenn die vorstehend bestimmten Vertragslaufzeiten noch nicht erreicht sind, enden die Rahmenvereinbarung und/oder etwaige auf dieser Grundlage erfolgte Einzelabrufe mit Erreichen der Vergütungsobergrenze (siehe § 10 Abs. 10 dieser Rahmenvereinbarung). Die Möglichkeit der Auftraggeberin, die Rahmenvereinbarung und Einzelabrufe im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu erweitern bleibt davon unberührt.

§ 4 Leistungen des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, zur Gewährleistung der wirtschaftlichen und sicheren Aufgabenerledigung jederzeit vertrauensvoll mit der Auftraggeberin zusammenarbeiten, sie rechtzeitig zu informieren und sich mit ihr über Maßnahmen abzustimmen, die die vertragsgegenständlichen Leistungen im Regelungsbereich dieses Vertrages berühren. Themenübergreifende Projekte und Projekte in Zusammenarbeit mit weiteren externen Partnern der Auftraggeberin und insbesondere ihren Trägern sowie mit internen Mitarbeitenden der Auftraggeberin sind durch den Auftragnehmer bei der Leistungserbringung zu berücksichtigen und der Auftragnehmer wird eng mit den weiteren Dienstleistern oder weiteren externen Partnern der Auftraggeberin zusammenarbeiten. Etwaig hierdurch entstehender Aufwand des Auftragnehmers ist durch die vereinbarte Vergütung des jeweiligen Einzelabrufs abgedeckt.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die zu erbringenden Leistungen innerhalb der vereinbarten Fristen auszuführen.
- (3) Auf Verlangen der Auftraggeberin haben die für die Leistungserbringung einzusetzenden Mitarbeitenden des Auftragnehmers in Textform Erklärungen zum Nichtvorliegen der Voraussetzungen für den Ausschluss einer mitwirkenden Person im Sinne der § 6 VgV abzugeben.
- (4) Etwaige berufs- und standesrechtliche Pflichten des Auftragnehmers bleiben unberührt.

§ 5 Einzelabrufe

- (1) Diese Rahmenvereinbarung legt die Rahmenbedingungen für die Einzelabrufe fest, die während seiner Laufzeit geschlossen werden. Die Rahmenvereinbarung stellt die verbindliche Grundlage der Einzelabrufe zwischen den Parteien dar. Mit den Einzelabrufen werden die konkreten Leistungspflichten der Vertragsparteien begründet und in Bezug auf Inhalt, Art, Umfang, Ort und Zeit der Leistung konkretisiert. Der Auftragnehmer ist während der gesamten Vertragslaufzeit verpflichtet, die vertraglich festgelegte Leistung auf Abruf im Rahmen der jeweiligen Einzelabrufe zu erbringen. Für die vom Auftragnehmer zu erbringenden übergreifenden koordinierenden Leistungen (siehe Ziffer 2.1 der Leistungsbeschreibung), die einen Kernbestandteil der Leistungspflicht des

Auftragnehmers ausmachen, erfolgt zu Beginn der Vertragslaufzeit ein „übergreifender Abruf“, der diese Leistungen umfasst.

- (2) Der Auftragnehmer erstellt für den jeweiligen Einzelabruf (vor dem Abruf) eine Kalkulation des Aufwands nach Stunden und weiteren Kosten sowie Fremdkosten. Die Parteien können den geschätzten Aufwand als verbindliche Obergrenze der Vergütung für den Einzelabruf festlegen. Legen sie keine verbindliche Obergrenze fest, wird der Auftragnehmer die Auftraggeberin darauf hinweisen, wenn der abrechenbare Aufwand die Grenze von 75 % der zuletzt geschätzten Maximalkosten erreicht. Sobald der Auftragnehmer erkennt, dass die tatsächlichen Kosten für die Fertigstellung des Einzelabrufs den zuletzt geschätzten Maximalkosten voraussichtlich um mehr als 5 % übersteigen werden, weist er die Auftraggeberin frühzeitig hierauf hin und aktualisiert die Schätzung der Maximalkosten entsprechend. Der Auftraggeberin steht es frei, die geschätzten Maximalkostenerhöhung abzulehnen, zu akzeptieren, darüber zu verhandeln oder den Leistungsumfang anzupassen. Unterlässt der Auftragnehmer die Anzeige der nicht unerheblichen Mehrkosten (im Vergleich zu den zuletzt geschätzten maximalen Kosten) oder die Aktualisierung der Schätzung der Maximalkosten, kann sie die Vergütung ihres entstandenen Mehraufwandes insoweit nicht verlangen. Unabhängig davon bleibt der Auftragnehmer zur Erfüllung des Einzelabrufes verpflichtet.
- (3) Der Abschluss und die Durchführung von Einzelabrufen erfolgen jeweils mittels eines standardisierten Einzelabrufprozesses und unterliegen den nachfolgenden Vorgaben:
 - a. Einzelabrufe erfolgen auf Seiten der Auftraggeberin federführend durch die Abteilung Recht und Compliance. Die Abteilung Recht und Compliance hat jederzeit das Recht, durch einfache Erklärung die Berechtigung für Einzelabrufe aus dieser Rahmenvereinbarung auch oder ausschließlich anderen Stellen der Auftraggeberin zu erteilen.
 - b. Auf eine Voranfrage der Auftraggeberin wird der Auftragnehmer innerhalb von maximal sechs Werktagen ein Angebot in digitaler Form per Mail übermitteln. Das Angebot muss u. a. konkrete Aussagen zur Durchführung der gewünschten Leistungserbringung, dem erforderlichen Zeitaufwand, den frühestmöglichen Termin für den Leistungsbeginn, die veranschlagten Aufwände und Kosten enthalten.

- c. Als Angebot ist das Muster eines Einzelabrufes, das die Parteien nach Zuschlagserteilung auf Grundlage eines Vorschlags der Auftraggeberin abstimmen, auszufüllen. Die Einzelabrufe werden von der Auftraggeberin mit einer fortlaufenden Nummer versehen.
- d. Nach Prüfung dieses Angebotes entscheidet die Auftraggeberin nach freiem Ermessen über eine Auftragsvergabe und den tatsächlichen Umfang des Auftrages. Der zu schließende Einzelabruf muss die geforderten Einzelheiten - Stundensatz des einzusetzenden Personals, konkrete Zeitpläne und Fristen, ggf. verbindlich vereinbarte Obergrenze der Kosten der jeweiligen Einzelbeauftragung, ggf. einen Projektplan oder vereinbarte Qualitätssicherungsregelungen oder Abnahmeregelungen und alle individuellen Aspekte der jeweiligen Einzelbeauftragung - enthalten.

Die Parteien können auch nach Festlegung des standardisierten Einzelabrufprozesses einvernehmlich den standardisierten Einzelabrufprozess ändern.

§ 6 Einsatz von Mitarbeitern durch den Auftragnehmer

- (1) Der Auftragnehmer hat das in der Leistungsbeschreibung (Datei: „1_Leistungsbeschreibung“) geforderte Personal bereitzustellen. Das bereitgestellte Personal muss die an das Personal in der Leistungsbeschreibung formulierten Anforderungen erfüllen. Ungeachtet dessen stellt der Auftragnehmer zur Durchführung dieses Vertrages über dessen gesamte Laufzeit nur Personal bereit, das für die Durchführung der Aufgaben hinreichend qualifiziert und erfahren ist und, soweit gesetzlich erforderlich, rechtlich dazu auch befugt ist.
- (2) Die Kontinuität der Leistungserbringung ist durch den Auftragnehmer zu gewährleisten. Der Auftragnehmer setzt zur Leistungserbringung die im Angebot genannten Mitarbeitenden ein. Der Auftragnehmer kann im Angebot nicht benannte Mitarbeitende während der Rahmenvertragslaufzeit nachträglich benennen und damit im Angebot benannte Mitarbeitende ersetzen. Für die nachträglich benannten Mitarbeitenden muss die Eignung gemäß der jeweiligen Eignungsanforderung bzw. Zuschlagskriterien aus den Vergabeunterlagen nachgewiesen werden. Der Auftragnehmer legt den Änderungswunsch der Auftraggeberin mit den notwendigen Angaben rechtzeitig in Textform vor. Der

Austausch darf nicht zu einer Verlängerung der vereinbarten Fristen führen und der einzutauschende Mitarbeitende ist auf Kosten des Auftragnehmers in das Projekt dergestalt einzuarbeiten, dass er nahtlos an die Leistungserbringung des ausgetauschten Mitarbeitenden anknüpfen kann. Die Auftraggeberin darf die Zustimmung nur verweigern, wenn sie der Auffassung ist, dass das Personalmitglied die Aufgabenstellung beispielsweise aus fachbezogenen oder persönlichen Gründen nicht gerecht wird und die diesbezüglichen Bedenken vom Auftragnehmer nicht ausgeräumt werden können.

- (3) Der Auftragnehmer hat die Auftraggeberin unverzüglich über jeden beabsichtigten Austausch frühzeitig in Textform zu informieren.
- (4) Der Auftragnehmer ist für die Erfüllung der gesetzlichen, behördlichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinen zur Leistungserbringung eingesetzten Mitarbeitenden allein verantwortlich. Der Auftragnehmer organisiert die zur Vertragserfüllung erforderlichen Maßnahmen in eigener Zuständigkeit und erteilt Vorgaben an die von ihr eingesetzten Mitarbeitenden.
- (5) Die Mitarbeiter des Auftragnehmers sind nicht bei der Auftraggeberin angestellt; der Auftragnehmer erbringt keine Arbeitnehmerüberlassung i.S.d. § 1 AÜG. Alle Dienstleistungen des Auftragnehmers werden weisungsungebunden und eigenverantwortlich erbracht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle Änderungen mitzuteilen, die Einfluss auf die sozialversicherungsrechtliche Stellung des Personals haben. Auch zu diesem Zweck sind die Hinweise in der **Anlage 14** als Vertragsbestandteil zu beachten.

§ 7 Verfügbarkeiten und Reaktionszeiten des Auftragnehmers

Die federführende Ansprechperson oder Stellvertretung des Auftragnehmers muss montags bis freitags (außer an Feiertagen) mit einem gängigen Kommunikationsmittel (E-Mail, Festnetztelefon, Videokonferenzsystem, Mobiltelefon) zu den üblichen Bürozeiten (9 bis 17 Uhr) für die Auftraggeberin erreichbar sein. Eine Vertretung durch die für den gleichen Leistungsbereich benannte unmittelbare Ansprechperson ist zulässig.

§ 8 Ausführung durch Unterauftragnehmer

- (1) Der Einsatz von Unterauftragnehmern ist – soweit nicht schon im Angebotsschreiben benannt – nur bei vorheriger Zustimmung durch die Auftraggeberin in Textform gestattet.
- (2) Der Auftragnehmer hat zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen, der Leistungsfähigkeit und der Fachkunde der vorgesehenen Unterauftragnehmer die entsprechenden Erklärungen vom jeweiligen Unterauftragnehmer unterschreiben zu lassen. Das gilt auch, wenn in den betreffenden Erklärungen keine Unterschriftenzeile vorgesehen ist.
- (3) Sofern der Auftragnehmer Unterauftragnehmer einschaltet, tritt der Auftragnehmer als Generalunternehmerin auf. Er haftet für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrags.
- (4) Die Beauftragung eines Unterauftragnehmers erfolgt im Namen und auf Rechnung des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer steht für die Einhaltung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag durch den Unterauftragnehmer ein. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass Unterauftragnehmer auf die Einhaltung der Pflichten zur Vertraulichkeit und zum Datenschutz verpflichtet werden.
- (5) Soweit der Auftragnehmer sich bei der Erfüllung seiner Pflichten eines Unterauftragnehmers bedient, hat er dafür durch geeignete vertragliche Abreden mit dem Unterauftragnehmer Sorge zu tragen, dass die Regelungen dieses Vertrages nicht beeinträchtigt werden.

§ 9 Mitwirkungspflichten und Zusammenarbeit

- (1) Die Parteien verpflichten sich, zur Gewährleistung der wirtschaftlichen und fristgerechten Aufgabenerledigung jederzeit vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, sich in diesem Sinne gegenseitig und rechtzeitig zu informieren und sich über erforderliche Maßnahmen abzustimmen.
- (2) Treten bei der Durchführung des Vertrags Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien auf, werden die Parteien alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, diese sachgerecht und ohne Zeitverzug zu lösen.

- (3) Der Auftragnehmer unterrichtet die Auftraggeberin auf deren Anforderung jederzeit unentgeltlich über den Stand der Arbeiten. Erkennt der Auftragnehmer, dass sich zeitliche Verzögerungen oder sonstige Schwierigkeiten bei der Vertragserfüllung ergeben, so hat er der Auftraggeberin unverzüglich unter Angabe der betreffenden Gründe in Textform zu unterrichten. Die Verpflichtung des Auftragnehmers zur fristgemäßen Leistungserbringung bleibt unberührt. Eine etwaige Fristverlängerung bedarf einer Vereinbarung in Textform.

§ 10 Vergütung und Zahlungsmodalitäten

- (1) Für Einzelabrufe, die im Rahmen dieses Vertrages zum Abschluss kommen, werden die im Angebot zu diesem Rahmenvertrag angegebenen Stundensätze zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer vereinbart. Der jeweilige Stundensatz gilt für die gesamte Laufzeit des Rahmenvertrages zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer. Alle vom Auftragnehmer auf Grund des Vertrages zu erbringenden Leistungen und entstandenen Aufwände sind mit dem vorgenannten Stundensatz abgegolten. Die Parteien können in den Einzelabrufen verbindliche Obergrenzen festlegen.
- (2) Je Personentag wird pro Person nicht mehr als 8 Stunden pro Tag vergütet. Der vereinbarte Tagessatz kann nur dann in Rechnung gestellt werden, wenn mindestens acht Zeitstunden geleistet wurden. Werden weniger als acht Zeitstunden pro Tag geleistet, sind diese anteilig in Rechnung zu stellen. Die Abrechnung des Zeitaufwandes erfolgt im 6-Minuten-Takt. Gemeinkosten, sowie sonstige Kosten werden nicht gesondert vergütet und müssen daher bereits in den veranschlagten Tagessätzen enthalten sein.
- (3) Die Abrechnung der Einzelabrufe erfolgt anhand nachvollziehbarer und nachprüfbarer Leistungsnachweise.
- (4) Die Abrechnung erfolgt für den Einzelabruf monatlich, sofern im Einzelauftrag nichts Anderes vereinbart ist.
- (5) Die Abrechnung erfolgt 6-Minuten genau. Der Satz für jede angefangene Zeiteinheit von 6 Minuten beträgt ein Zehntel des Stundensatzes. Grundlage der Abrechnung bilden die ordnungsgemäß ausgefüllten Leistungsnachweise.
- (6) Auf die Vergütung findet die Verordnung über Preise VO PR Nr. 30/53 Anwendung. Die angebotenen Preise werden als marktgängige Preise gemäß § 4 Abs. 1 VO PR Nr. 30/53 vereinbart.

- (7) Die Rechnung ist nach der Leistungserbringung (mit den genannten Angaben zum Buchungskreis und zur Dienststelle) an nachfolgende Anschrift zu stellen:

FITKO (Förderale IT-Kooperation)

BKR 5010 – DST 2019

Zum Gottschalkhof 3

60594 Frankfurt am Main

In der Rechnung bzw. zur Rechnungserstellung ist die Leitweg-ID 06-50102019-97 anzugeben. Eine Rechnung, die entgegen vorstehender Regelung nicht elektronisch gestellt wird, begründet keinen Verzug nach § 286 Abs. 3 BGB.

- (8) Die Rechnung muss den Anforderungen an § 14 UStG genügen. Ergänzend sind die Daten der Leistungserbringung (Zeiten, nachvollziehbare Kurzbeschreibung für den Leistungsinhalt) auszuweisen, sowie die Vertragsnummer, die E-Mail-Adresse des Auftragnehmers und der entsprechende Einzelabruf zu vermerken.
- (9) Die Zahlung der dem Auftragnehmer zustehenden Vergütung erfolgt binnen 30 Tagen nach Zugang der den vorstehenden Anforderungen entsprechenden, sachlich und rechnerisch korrekten Rechnung.
- (10) Für den Gesamtbetrag der Vergütung von Leistungen nach dieser Rahmenvereinbarung wird als Vergütungsobergrenze ein Betrag in Höhe von netto 254.500.000,00 EUR inklusive etwaiger abrechenbarer Kosten gemäß § 11 festgelegt. Die Vergütungsobergrenze entspricht der Schätzmenge (Vergütungsobergrenze = Schätzmenge). Es besteht kein Anspruch des Auftragnehmers gegen die Auftraggeberin auf einen Abruf von Leistungen bis zum Erreichen der vorstehenden Vergütungsobergrenze. Der Auftraggeberin ist ebenfalls nicht verpflichtet, eine bestimmte Mindestmenge an Leistungen zu beauftragen.
- (11) Der Auftragnehmer teilt der Auftraggeberin jeweils unaufgefordert den Bearbeitungsstand und den voraussichtlichen Restaufwand mit, wenn die beauftragten Leistungen in einem Einzelabruf eine etwaige Obergrenze gem. Abs. (1) zu ca. 50%, 75% und zu 100% erreichen oder wenn sich abzeichnet, dass Hinderungsgründe der vollständigen Erbringung der Leistung innerhalb der Obergrenze entgegenstehen.

Dasselbe gilt für das Erreichen der Gesamtvergütungsobergrenze nach Abs. (10); auch insoweit ist der Auftragnehmer verpflichtet,

§ 11 Reisekosten

- (1) Sofern Reisen im Zusammenhang mit der vertraglichen Leistungserbringung durch den Auftragnehmer notwendig sind, werden die Reisekosten gegen Nachweis erstattet.
- (2) Durchgeführte Reisen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Auftraggeberin in Textform. Hierfür können die tatsächlich entstandenen Reisekosten einschließlich eventueller Übernachtungskosten in Rechnung gestellt werden. Es besteht Übereinstimmung darüber, dass das eingesetzte Personal des Auftragnehmers berechtigt ist, jeweils das Verkehrsmittel zu benutzen, das zum geringsten Zeitaufwand bei der jeweiligen Reise führt. Der Auftragnehmer ist zu wirtschaftlichem Handeln bei der Buchung von Reisen angehalten. Kosten für Flüge (Economy Class) können nur erstattet werden, wenn für die Nutzung dieses Reisemittels ausnahmsweise triftige Gründe vorliegen. Reisen mit der Bahn sind dem Flugverkehr und Kfz im Sinne der Nachhaltigkeit vorzuziehen. Bei Reisen mit dem eigenen Kfz werden diese mit jeweils 0,50 Euro/km abgerechnet. Der zeitliche Aufwand für Reisen (Reisezeiten) kann nicht abgerechnet werden. Dies gilt nicht, soweit während der Reise abrechenbare Tätigkeiten für die Auftraggeberin ausgeführt werden.

§ 12 Kündigung

- (1) Die Kündigung nach den gesetzlichen Regelungen bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Textform gemäß § 126b BGB, muss ausdrücklich als "Kündigung" bezeichnet sein und sich eindeutig auf diesen Vertrag unter Angabe der Vertragsnummer beziehen.
- (2) Die ordentliche Kündigung durch den Auftragnehmer ist ausgeschlossen.
- (3) Geschlossene Einzelaufträge werden durch die Kündigung des Rahmenvertrages nicht betroffen. Die entsprechenden Regelungen aus dem Rahmenvertrag und den

Einzelaufträgen gelten für die Einzelaufträge bis zu deren vollständigen Erfüllung weiter. Dies gilt insbesondere für die Bestimmungen der Vergütungsregelungen.

- (4) Im Falle der Kündigung des Rahmenvertrages oder einer sonstigen Beendigung des Rahmenvertrags, egal aus welchem Grund, sind alle Arbeitsunterlagen und Ergebnisse, die nicht mehr für die Ausführung von noch nicht beendeten Einzelaufträgen benötigt werden, in dem Zustand, in dem sie sich zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung oder der sonstigen Beendigung befinden, der Auftraggeberin zu übergeben. Hierzu ist der Auftragnehmer insbesondere auch nach Abschluss aller Einzelaufträge verpflichtet.

§ 13 Haftung des Auftragnehmers

- (1) Der Anspruch der Auftraggeberin auf Ersatz eines durch einfache Fahrlässigkeit verursachten Schadens ist auf die Höhe der versicherten Deckungssumme des Auftragnehmers, mindestens jedoch EUR 10.000.000,00 (zehn Millionen Euro), beschränkt. Die Haftung für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit bleibt unberührt.
- (2) Die Haftungsbeschränkung nach vorstehendem Absatz 1 gilt auch für den Fall, dass eine Haftung gegenüber einer anderen Person als der der Auftraggeberin begründet sein sollte. Im Falle mehrerer Auftraggeber und/oder mehrerer Anspruchsberechtigter ist die Haftung nach vorstehendem Absatz 1 auch auf insgesamt die Höhe der versicherten Deckungssumme, mindestens jedoch EUR 10.000.000,00 (zehn Millionen Euro), beschränkt.

§ 14 Datenschutz und Geheimhaltung

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die gesetzlichen Datenschutzbestimmungen (insbesondere die Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679) einzuhalten und diese Einhaltung dem jeweiligen Stand der Technik entsprechend durch technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen. Der Auftragnehmer stellt insbesondere sicher, dass alle Personen, die mit der Erfüllung dieses Vertrages betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten.
- (2) Die Parteien sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln,

insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Der Erfahrungsaustausch der Auftraggeberin mit und innerhalb der öffentlichen Hand bleibt unbenommen, ebenso wie die Erfüllung gesetzlicher Pflichten der Auftraggeberin. Unberührt bleibt die Pflicht zum vertraulichen Umgang mit auf der Grundlage des Vertrages erlangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.

- (3) Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle ihm seitens der Auftraggeberin überlassenen Geschäfts- und Betriebsunterlagen o.ä. ordnungsgemäß aufzubewahren, insbesondere sicherzustellen, dass Dritten keine Einsichtnahme möglich wird. Die zur Verfügung gestellten Unterlagen sind während der Dauer des Vertragsverhältnisses auf Anforderung der Auftraggeberin und nach seiner Beendigung ohne Anforderung der Auftraggeberin an diese zurückzugeben. Ausgenommen von der Rückgabepflicht sind solche Unterlagen, die der Auftragnehmer nach gesetzlichen Aufbewahrungsbestimmungen vorzuhalten verpflichtet ist.
- (5) Bei Nichterfüllung der vorstehend genannten Pflichten ist die Auftraggeberin berechtigt, eine angemessene Frist zur Abhilfe zu setzen und bei erfolglosem Fristverstreichen das Vertragsverhältnis durch Kündigung zu beenden. Die Auftraggeberin kann den Vertrag ganz oder teilweise außerordentlich kündigen, wenn der Auftragnehmer ein weiteres Festhalten am Vertrag nicht zumutbar ist, weil der Auftragnehmer die oben genannten Pflichten vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat.

§ 15 Vertraulichkeit und Verschlüsselung

- (1) Der Auftragnehmer erbringt Leistungen gemäß den gesetzlichen Anforderungen unter Einhaltung der erforderlichen Vertraulichkeit. Ihm im Zuge der Tätigkeit durch die Auftraggeberin übermittelte Daten und Dokumente werden den Vorschriften des anwaltlichen Berufsrechts entsprechend vor Zugriffen Dritter geschützt aufbewahrt und auf Anfrage kostenlos zurückgegeben, gelöscht oder vernichtet. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle einschlägigen gesetzlichen Vorgaben zu beachten, soweit er ihnen unterfällt.
- (2) Der Auftragnehmer sichert zu, dass seine Mitarbeitenden die zu bearbeitenden Aufgaben, Informationen, Unterlagen, Daten etc. gegenüber Dritten vertraulich behandeln werden und, soweit sie nicht bereits berufsrechtlich dazu verpflichtet sind, zur Vertraulichkeit schriftlich zu verpflichten.
- (3) Diese Pflicht zur Vertraulichkeit bleibt nach Beendigung dieses Vertrages bestehen. Die Vertraulichkeit umfasst diesen Vertrag sowie etwaig hierunter geschlossene Einzelabrufe.
- (4) Der Auftragnehmer erklärt, dass er rechtlich und tatsächlich in der Lage ist, die ihm gesetzlich und nach diesem Vertrag obliegenden Verpflichtungen zu Datenschutz, IT-Sicherheit und Geheimhaltung einzuhalten, insbesondere die im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwenden.
- (5) Ausgenommen von der Vertraulichkeit sind solche Informationen, die nachweislich:
 - im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrags bereits offenkundig sind oder während der Laufzeit des Vertrages oder des letzten Einzelauftrags ohne Zutun einer der Parteien offenkundig werden, oder
 - im Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung bereits bekannt waren oder von Dritten bekannt gemacht werden, vorausgesetzt, dass sie nicht direkt oder indirekt von der Auftraggeberin oder des Auftragnehmers stammen.

- Ausgenommen sind Informationen, die den Auftragnehmer aufgrund gerichtlicher, ermittlungsbehördlicher oder ordnungsbehördlich angeordneter Beschlagnahme oder ähnlicher Maßnahme (z.B. gemäß §§ 94 ff. StPO oder vergleichbaren Vorschriften anderer Länder) zur Herausgabe oder Offenlegung verpflichtet.
 - Ausgenommen sind ferner Informationen, zu deren Herausgabe oder Offenlegung der Auftragnehmer aufgrund von Rechtsvorschriften gegenüber Börsenaufsichtsbehörden, Regulierungsbehörden, Kartellbehörden, Finanzbehörden oder ähnliche Stellen verpflichtet ist.
- (6) Sollte der Auftragnehmer aufgrund einer gerichtlich, ermittlungsbehördlich oder ordnungsbehördlich angeordneten Beschlagnahme oder ähnlichen Maßnahme verpflichtet werden, vertrauliche Informationen herauszugeben, wird sie die Beschlagnahme bzw. Maßnahme, soweit dies tatsächlich möglich und ihm zumutbar ist, zunächst prüfen und ihr nur Folge leisten, wenn keine ernstlichen Zweifel an ihrer Rechtmäßigkeit bestehen.
- (7) Anderenfalls wird der Auftragnehmer geeignete rechtliche Abwehrmaßnahmen gegen die Beschlagnahme bzw. Maßnahme und/oder deren Vollzug einlegen mit dem Ziel, die Herausgabe abzuwenden.
- (8) In jedem Falle wird der Auftragnehmer vertrauliche Informationen nur insoweit herausgeben, als dies für die Erfüllung der durch die Beschlagnahme bzw. die Maßnahmen begründeten Pflichten zwingend erforderlich ist.
- (9) Sollte der Auftragnehmer aufgrund einer gerichtlich, ermittlungsbehördlich oder ordnungsbehördlich angeordneten Beschlagnahme oder ähnlichen Maßnahme verpflichtet werden, vertrauliche Informationen herauszugeben, wird er die Auftraggeberin, soweit dies tatsächlich möglich und dem Auftragnehmer zumutbar ist, darüber vor der Herausgabe unterrichten und ihr Gelegenheit geben, ihrerseits rechtliche Abwehrmaßnahmen oder andere rechtlich zulässige Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen. Sämtliche vorstehenden Mitteilungspflichten gegenüber der Auftraggeberin sind unabhängig davon zu erfüllen, ob ausländische gesetzliche Regelungen solche Mitteilungen untersagen oder nicht.
- (10) Der Auftragnehmer erklärt, dass er keinen vertraglichen Verpflichtungen unterliegt, Dritten vertrauliche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu

machen. Er erklärt ferner, dass er seines Wissens keinen Rechtsvorschriften unterliegt, die ihn verpflichten, Dritten vertrauliche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen.

- (11) Die Nennung der Auftraggeberin als Referenzgeberin im Rahmen einer öffentlichen Vergabe oder zu Werbe- oder Marketingmaßnahmen bedarf der vorherigen Zustimmung der Auftraggeberin, die mindestens in Textform zu erfolgen hat. Die Auftraggeberin kann ihre Zustimmung jederzeit widerrufen.
- (12) Bei der elektronischen Kommunikation des Auftragnehmers mit der Auftraggeberin über Internet oder E-Mail muss eine Verschlüsselung möglich sein. Die Parteien werden sich nach Abschluss dieses Rahmenvertrages über die einzusetzende Verschlüsselungssoftware/-technik verständigen.

§ 16 Nutzungsrechte

- (1) Die Auftraggeberin erhält das ausschließliche, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkte, insbesondere übertragbare Nutzungsrecht an sämtlichen individuell für sie erstellten Arbeitsergebnissen (insb. Gutachten).
- (2) Das vorstehende Nutzungsrecht erstreckt sich nicht auf Know-how, Methoden oder Werkzeuge, welche der Auftragnehmer zur Erreichung der Arbeitsergebnisse einbringt (z.B. bereits entwickelte vertragliche Klauseln, Formulare). Hieran erhält die Auftraggeberin ein nicht-ausschließliches, jedoch zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes sowie übertragbares Nutzungsrecht.

§ 17 Versicherung

Der Auftragnehmer unterhält eine Berufshaftpflichtversicherung, die mindestens seine Haftung nach § 13 abdeckt. Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz während der Dauer dieses Vertrages in zumindest dieser Höhe aufrechterhalten. Die Kosten der Versicherung trägt der Auftragnehmer.

§ 18 Antikorruptionsklausel, Vermeidung von Interessenskonflikt

- (1) Die Parteien erklären ihren festen Willen, jeglicher Form von Korruption entgegenzuwirken.

- (2) Der Auftragnehmer oder ihre beauftragten Beschäftigten dürfen der Auftraggeberin insbesondere weder unmittelbar noch mittelbar Vorteile im Sinne von §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches anbieten, versprechen oder gewähren.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich jeder Tätigkeit für Dritte zu enthalten, bei der sich die Möglichkeit einer Interessenskollision zwischen der Auftraggeberin und Dritten ergeben können. Eine etwaige Interessenskollision ist gegenüber der Auftraggeberin offenzulegen.
- (4) Bestehende oder drohende Interessenkonflikte sind im Angebot und bei Zuschlagserteilung vor jeder Einzelbeauftragung offenzulegen. Als Interessenkonflikt gilt jede Tätigkeit für andere Auftraggeber, die in Rechtsbeziehungen zur Auftraggeberin stehen (soweit für den Auftragnehmer erkennbar). Kein Interessenkonflikt stellt die Tätigkeit für die Träger der Auftraggeberin dar, sofern kein Zusammenhang zur Rechtsbeziehung zur Auftraggeberin oder zu den Produkten und Projekten des IT-Planungsrates besteht.

§ 19 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sind nur wirksam, wenn sie die Textform wahren, ausdrücklich als „Vertragsänderung“ bzw. „Vertragsergänzung“ bezeichnet sind und sich ausdrücklich auf diesen Vertrag unter Angabe der Vertragsnummer „FITKO/2026/0039“ sowie möglichst präzise auf zu ändernde ergänzende Regelung beziehen. Dies gilt auch für die Änderung oder Aufhebung dieser Klausel.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen unberührt.
- (3) An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Parteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich dieser Vertrag als lückenhaft erweist.
- (4) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Frankfurt am Main. Dies gilt nicht, soweit ein ausschließlicher Gerichtsstand gesetzlich vorgeschrieben ist. Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der

Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Kollisionsrechts sowie des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

Ort, Datum

Frankfurt

Ort, Datum

Auftragnehmer

FITKO (Föderale IT-Kooperation)

Auftragnehmer (Name(n) in Druckschrift)

Auftraggeberin (Name(n) in Druckschrift)

Unterschrift Auftragnehmer

Unterschrift Auftraggeberin